

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 17.—22. Sept. 4500000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 750000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 219.

Mittwoch, 19. September 1923.

30. Jahrgang.

Ein offenes Wort.

Die Regierung hat mit guten Vorlägen die Reichsgeschäfte der wenigen Wochen übernommen, ohne daß es bisher gelungen wäre, die fortschreitende wirtschaftliche Notlage des Volkes auch nur einzudämmen. Für den objektiven Beurteiler der Verhältnisse ist das nicht verwunderlich! Solange der außenpolitische Druck fortbesteht und für das Ruhrgebiet endlose Summen zu unproduktiven Zwecken sowie für einen Widerstand zur Verzögerung gestellt werden, der längst unwirksam ist, kann eine Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nicht erwartet werden. Voraussetzung für das Gelingen jeder finanz- und währungspolitischen Maßnahme ist eine Beendigung der unter der Herr Cuno begonnenen Inflationswirtschaft, die wiederum ein Ende des Ruhrkonflikts erfordert. Nur so ist im Verein mit steuerpolitischen Maßnahmen das rasende Defizit des Reichshaushaltes allmählich zu beheben, nur auf diesem Wege kann die Grundlage geschaffen werden, zu einem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg des deutschen Volkes, der selbstverständlich, solange wir Reparationen zahlen müssen, nicht an die Verhältnisse vor dem Kriege grenzt.

Die neue Reichsregierung hat die Fehler der vergangenen Herr Cuno erkannt und vereinzelt haben ihre Minister trotz der deutschnationalen Demagogie auch bereits den Mut besessen, dem Volke zu sagen, woran wir sind und was in Anbetracht einer seit mehreren Monaten fortdauernden verfehlten Finanzpolitik getan werden muß. Aber uns scheint, daß auch die Pläne der Regierung, die zunächst durch Abbau der wesentlichen Verminderung des Defizits schaffen sollen, jetzt nicht mehr ausreichend sind und wir nur noch durch eine radikale Kur die Reichseinheit zu retten vermögen. Trotzdem muß natürlich gespart werden, wo gespart werden kann. Aber als sehr schwierig und in der Wirkung zweifelhaft betrachten wir den Gedanken, die Ruhrkredite abzubauen. Auch wir haben zu denen gehört, die diesen Abbau forderten. Aber nur mit dem ausgesprochenen Zweck, durch ihn eine schnelle Erleichterung der außenpolitischen Lage herbeizuführen. Heute ist diese Erwartung hinfällig! Ein Abbau der Ruhrkredite bedeutet gegenwärtig im gewissen Sinne einen Abbau der Ruhrfront unter Umständen, die den Ruf der Dolchstoßlegende fördern könnten. Man muß sich deshalb innerhalb der Regierung von vornherein über die psychologischen Wirkungen irgendwelcher Einschränkungspläne klar sein. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes lebt bekanntlich ausschließlich auf Kosten des Reiches, weil das nicht anders möglich ist. Eine Herabsetzung dieser Kosten würde also eine Beschränkung in der Lebenshaltung der unter dem Druck der Besatzung schwer duldenden Bevölkerung bedeuten. Ehe sich die Regierung zu einem derartigen Schritt hergibt, sollte sie sich auf Folgewirkungen besinnen und einsehen, daß es dann schon besser ist, dem deutschen Volke offen zu sagen, wie es um uns bestellt ist, und daß das Loch im Westen durch Rückkehr zur Produktion gestopft werden muß, wenn wir nicht noch mehr verlieren wollen.

Alle Welt weiß, daß der an der Ruhr begonnene Kampf insolge einer sinnlosen Politik der Regierung Cuno und ihrer Ueberschätzung der eigenen Kräfte nicht mit den gewünschten positiven Ergebnissen für Deutschland verlaufen ist. Statt einer aktiven Außen- und Innenpolitik hat die Regierung Cuno bald nach Beginn des Ruhrkampfes für den Abbau der Steuern im Interesse der Wirtschaft ohne Rücksicht auf das Ruhrgebiet Sorge getragen, sie schante den Unternehmern durch ihre Papiermarktkredite große Gewinne zu, und ließ es schließlich, ganz abgesehen von der Passivität in außenpolitischen Dingen, zu einem Zusammenbruch der unter dem Druck der Sozialdemokratie eingeleiteten Stützungsaktion kommen. In Anbetracht dessen mußte die Entwicklung den Gang nehmen, dessen Auswirkungen wir heute alle befürchten und die wir deshalb nach Möglichkeit durch Aktivität auf allen Gebieten verhindern wollen. Nur die Deutschnationalen tun so, als ob uns die Fortsetzung des passiven Wi-

berstandes retten könnte, während ihre Politik in Wirklichkeit von der Wüste geleitet ist, das Chaos möglichst schnell herbeizuführen, um dann nach Moskauer Methode auf den Trümmern die Monarchie erstehen zu lassen. Sie verstehen nicht soweit zu denken, daß mit dem Untergang des Staates auch das Volk, zu dem sie sich zählen, und ebenso die Wirtschaft zu existieren aufhören. Leider hat diese deutschnationalen Demagogie, die Verächtlichung anderer zum Landesverrat dazu geführt, daß keiner auszusprechen wagt, was die Stunde erfordert und was im Zusammenhang mit dem Abbau des passiven Widerstandes zur Rettung des Reiches jetzt geschieden muß. Wir halten diese Zurückhaltung vor einer Gesellschaft, der wir jedes Nationalgefühl absprechen, und die zu jedem Unglück am Volke fähig ist, deshalb für trügerisch, weil die Verhältnisse stärker sind wie der Einfluss jedes einzelnen verantwortlichen Politikers und wir den Zeitpunkt in unmittelbarer Nähe sehen, an dem unter weiterer Verschärfung der kaum noch erträglichen Wirtschaftsverhältnisse schließlich doch gesagt werden muß, was heute noch jeder zu verschweigen vorzieht.

Tatbereitschaft, die Mut voraussetzt, ist deshalb in diesem Augenblick alles. Nur durch Tatbereitschaft, durch Mut zur Verantwortung wird den Schwärmern und Hehern die uneliege Methode ewiger Verunglimpfung vorgehen, nur durch sie vermag das Kabinett sich im Volke weiteres Vertrauen zu erwerben. Als Herr Stresemann sein neues Amt angetreten hatte, erklärte er im Verlaufe seiner Reden, daß nur der, der sich selbst aufgibt, verloren ist. Jetzt ist die Zeit gekommen, zu beweisen, daß die Regierung das Volk nicht aufgibt, sondern gewillt ist, ihr Führer zu sein. Hierzu gehören neben Handlungen gegen die Rechte und Linke, die wir als Voraussetzung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den nächsten Tagen betrachten, Offenheit und Klarheit. Offenheit und Klarheit insofern, als wir nach innen und außen keinen weiteren Hehl daraus machen, daß uns über einer wirkungslosen Fortsetzung des passiven Widerstandes das Wohl der Volksgemeinschaft steht.

*

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Dienstag nachmittag in einer eingehenden Besprechung mit der gesamten außen- und innenpolitischen Lage Deutschlands. Es bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden muß, um von deutscher Seite schleunigst zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen mit dem Ziele der Beendigung des Ruhrgebietes und der Wiederherstellung vertragsmäßiger Verhältnisse.

Bezüglich der innenpolitischen Lage wurde von allen Seiten der ungeheure Ernst, der durch den Währungssturz, die Preissteigerungen, die Arbeitslosigkeit, den Kohlen- und Nahrungsmittelmangel geschaffenen Lage betont. Es müßten deshalb alle Maßregeln getroffen werden, die geeignet seien, eine Vinderung dieser Währungs- und Wirtschaftsschwierigkeiten zu erzielen. Außer den von der Regierung bereits angeforderten währungs- und finanzpolitischen Schritten wurde gefordert: Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Einfuhren, auch von Kohle, da angesichts der Betriebsbeschränkungen im mittelbedeutenden Braunkohlenbergbau die Annahme gerechtfertigt ist, daß auf Braunkohle einseitige Unternehmungen jetzt wieder zur Verwendung von Steinkohle zurückkehren. Verlangt wurde ferner, daß den Stilllegungen von Betrieben durch Mitwirkung der Betriebsräte und die stärkere Prüfung durch die Demobilisationskommissionen entgegen gewirkt wird und bei nicht gerechtfertigten Stilllegungen die Kohle und dessen dieses Unternehmungen erzeugt werden. Außerdem wurde die Sicherstellung der Ernährung gefordert, die besonders in den Großstädten und Industrieregionen durch völlig ungenügende Zufuhren gefährdet ist.

Der Fraktionsvortrag wurde beauftragt, mit den übrigen Parteien wegen der Einberufung des Reichstages in Verbindung zu treten. Die nächste Fraktionsfraktion soll einen Tag vor der Reichstagsfraktion stattfinden.

Mittwoch, dem 19. 9. zu leistende Zahlung gilt vielmehr für das dritte Viertel des September.

Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Vollversammlung ab. Angenommen wird zunächst eine Vorlage über den Besoldungs- und Ruhegehaltshaushalt der Reichsbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Schaffung von 1237 neuen Stellen. Die Reichsbank hielt diese Vermehrung für notwendig, weil die Arbeit infolge der Währungsverhältnisse dauernd steigt und mit den vorhandenen Kräften nicht mehr bewältigt werden kann. Außerdem stimmte der Reichsrat einer Verordnung des Reichsfinanzministers zu, die den Ländern und Gemeinden zur Pflicht macht, für den 1. Oktober lediglich die Vorauszahlung eines Monatsgehaltes an die Beamten vorzubereiten. Widerspruch gegen die Verordnung erhob lediglich der bayerische Vertreter. Schließlich wurde noch der Entwurf einer Anordnung für das Verfahren vor dem Mietscheidungsamt und der Bescheidstelle genehmigt. Danach wird in Zukunft eine größere Annäherung dieses Verfahrens an das der ordentlichen Gerichte greifen. Der Vorsitzende soll das Erscheinen der Parteien in stärkerem Maße als bisher erzwingen können und das Recht haben, gegen säumige Zeugen vorzugehen. Die Sittingsdisziplin wird mit denselben Sätzen gehandhabt werden, wie vor den Gerichten, die Bescheidstellen sollen durch Vorentscheidungen der Mietscheidungsämter entlastet werden.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 800000 Mark, auswärtige 900000 Mark, für Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 700000 Mark, für Reklamen 3200000 Mark.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Aenderung der lübeckischen Landesverfassung?

Dr. L. Lübeck, 19. September.

Schon immer haben wir die Meinung vertreten, daß die überragende Stellung des Senats, sein innerstes Wesen als beinahe obrigkeitliche Beamtenregierung, seine tatsächliche Unabhängigkeit von der jeweiligen Bürgerschaft, ein demokratisch-parlamentarisches Umding ist. Und mehr als einmal auch haben wir auf die Gefahr hingewiesen, die den Staatsgeschäften droht für den Fall beharrlicher Unfähigkeit zwischen Senat und Bürgerschaft.

Unsere Verfassung kennt für solche Fälle keinen Ausweg. Nach unserer Verfassung hat die Bürgerschaft keine Möglichkeit, den Senat zu beseitigen. Zweifellos ist das ein Widerspruch mit der Reichsverfassung. Und vor allem steht das im Widerspruch mit allen parlamentarischen Voraussetzungen in einem demokratischen Staatswesen. Denn der Senat kann in der Tat nur dann regieren, wenn eine Mehrheit in der Bürgerschaft ihm die Mittel und die anderen Vorlagen bewilligt.

Als die sozialdemokratische Fraktion eine Umbildung des Senats beschloß, standen ihr — was aus obigen Ausführungen klar hervorgeht — zwei Wege offen. Entweder konnte man die Rechtmäßigkeit der Lübecker Verfassung anzweifeln; das Reichsgericht ist die entscheidende Instanz. Oder man konnte dem Senat seine Regierungsgeschäfte durch obstruktive Opposition unmöglich machen.

Der erste Weg wäre bei der langsamen Arbeit des Reichsgerichts gleichbedeutend gewesen mit einer monatelangen Verschleppung. Deshalb haben wir den anderen gewählt: Opposition.

Die Möglichkeit des sofortigen direkten Mißtrauensvotums ist in Lübeck verfassungsmäßig nicht gegeben. Ein Mißtrauensvotum hätte die Anrufung der Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts als verfassungsauslegende Instanz zur Folge gehabt: monatelange Verschleppung. Deshalb haben wir auch dieses Verfahren abgelehnt.

Es blieb für unsere Zwecke immer nur ein Ausweg: Opposition der Tat! Der Senat mußte unmöglich gemacht und durch die tatsächliche Entwicklung zum Rücktritt gezwungen werden. Eine solche Politik steht zweifellos nicht im Widerspruch mit der Verfassung — jede Fraktion kann abstimmen und sich verhalten, wie sie will. Aber sie mußte in kurzer Zeit zum Ziel führen.

Allerdings hätte es einen noch leichteren und geraden Ausweg gegeben. Der die ganzen Grundlagen des Konflikts gleichzeitig aus der Welt geschafft haben würde: Verfassungänderung! Dazu ist jedoch eine Zweidrittelmehrheit erforderlich; sie war uns also unmöglich.

Wie verhielt sich der Senat zu unserer Ankündigung konsequenter Opposition? Zweifellos sah er ein, daß seine Stellung sich dadurch völlig erschütterte und über kurz oder lang völlig zusammenbrechen mußte. Und er fand sich schweren Herzens mit der verlangten Umbildung ab.

Sofort tauchte jedoch die bekannte Schwierigkeit der Pensionsregelung auf. Den ausstehenden Senatoren stände eine Pension nicht zu, da sie ja nicht durch den Rücktritt unserer Verfassung zu einem Rücktritt gezwungen wurden. Der Senat verlangte deshalb eine Ausdehnung des Pensionsgesetzes auch auf solche Fälle, wo durch einfache Bürgermehrheit ein „freiwilliger“ Rücktritt erzwungen würde.

Bekanntlich ist der Senat mit diesem Verlangen durchgefallen. Die bürgerlichen Parteien lehnten alles ab, weil sie der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu machen glaubten. Uns konnte das gleichgültig sein. Wir verlangten dann eben den Rücktritt des Senats ohne Pension! Und damit der Senat über unsere feste Entschlossenheit keinen Augenblick im Zweifel sein konnte, verließ die sozialdemokratische Fraktion als Ankündigung ihrer Oppositionspolitik den Sitzungssaal. Nicht um in einen parlamentarischen Streit einzutreten, haben wir das getan. (Solche Erfindungen überlassen wir dem „demokratischen“ Bürgertum.) Sondern um dem Senat den ganzen Ernst der parlamentarischen Lage vor Augen zu führen.

Nun versucht es der Senat mit einem anderen Ausweg. Die Aenderung des Pensionsgesetzes ist ihm nicht geglückt. Wie wäre es also mit einer Verfassungsänderung? Kann man das Pensionsgesetz nicht auf die Verfassung zuschneiden, dann macht man eben die Verfassung zum Pensionsgesetz passend. Das ist der Sinn der Senatsvorlage.

Welche Aenderungen schlägt der Senat vor? Bisher war zu einem Mißtrauensantrag Zweidrittelmehrheit erforderlich. Laut Artikel 14. Text soll einfache Mehrheit genügen. Das einfache Mißtrauensvotum der linken Seite der Bürgerschaft würde also genügen, den Senat zum Rücktritt zu zwingen. Das Pensionsgesetz käme dadurch zur vollen Auswirkung!

Die Beamtenbesoldung.

SPD. Umlich wird uns mitgeteilt:
In letzter Zeit sind über Beamtenbesoldungsfragen wiederholt völlig irreführende Nachrichten verbreitet worden, die geeignet sind, unbegründete Beunruhigung zu erregen. U. a. wurde behauptet, die Reichsregierung wolle die monatliche Besoldung der Beamtenbezüge durch eine wöchentliche ersetzen. Das entspricht keineswegs den Tatsachen. Die monatliche Zahlung der Beamtenbezüge bleibt aufrechterhalten. Nur die im Laufe des Monats wegen des Steigens der Teuerung etwa erforderlich werdenden Erhöhungen der Bezüge sollen zunächst nur für den Zeitraum von je einem Viertelmonat gezahlt werden. Diese Maßnahme ist zurzeit notwendig, um den für diese Zahlungen erforderlichen Bedarf an Zahlungsmitteln jeweils möglichst niedrig zu halten, und einer übermäßigen Inflationsinflation zu steuern. Im übrigen wird durch die Einführung des neuen Zahlungsmittels die Möglichkeit geschaffen werden, den Beamten die Gehälter in wertbeständiger Form auszuzahlen, so daß die Notwendigkeit von Nachzahlungen später fortfallen. — Auch die Nachricht, daß bei den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen am 15. 9. von der Reichsregierung für die erste Septemberhälfte zunächst eine Nachzahlung von 111 Millionen Mark, später eine solche von 194,6 Millionen angeboten sei, ist anrechtig. Die Reichsregierung hat vielmehr keine Nachzahlung für die erste Septemberhälfte von vornherein grundsätzlich abgelehnt. Die mit den Spitzenorganisationen vereinbarte, am

Zweifellos würde durch eine solche Aenderung die Verfassung grundlegend beeinflusst. Sie würde dadurch im Einklang mit der Reichsverfassung und entsprechend allen anderen Landesverfassungen demokratisch-parlamentarisch.

Wir sind überzeugt, daß diese Verfassungsänderungsvorlage dem Senat nicht leicht geworden ist. Das ist gleichgültig. Sie entspricht auf jedem Fall unsern demokratischen Grundätzen: sie ist die Erfüllung eines Wunsches, den wir mehr als einmal ausgesprochen haben; und ihre Annahme durch die Bürgerschaft beseitigt aus unserer Verfassung endlich eine ewige Konfliktsgefahr.

Allerdings soll nach der Vorlage dem Senat gegen ein Mißtrauensvotum die Möglichkeit bleiben, an die Bevölkerung zu appellieren. Einen Volksentscheid herbeizuführen! Auch das entspricht den Grundätzen der Reichsverfassung. Und es entspricht ebenfalls unserem Grundsatze: Die Gewalt geht vom Volke aus!

Außerdem soll der drohende Volksentscheid ein gewisses Gegengewicht sein für allzu willkürliche Regierungsänderungen durch die Bürgerschaft. Nur dann soll eine Partei die Waffe des Mißtrauensvotums anwenden, wenn sie der festen Überzeugung ist, die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite zu haben. Gerade die kleinen Stadtstaaten mit ihrer Verbindung von Regierung und Verwaltung brauchen, so viel als möglich, eine gewisse Stetigkeit in ihrer Regierung. Sowohl Hamburg als auch Bremen haben deshalb den Volksentscheid vorgezogen.

Die Vorlage braucht zu ihrer Annahme Zweidrittelmehrheit. Ob die bürgerlichen Parteien ihr zustimmen? Die Demokraten können jedenfalls nicht zu anders. Man soll sich darüber klar sein: Diese Vorlage ist der letzte Ausweg für den Senat! Wird ihm auch dieser abgelehnt, so wird er bedingungslos zurücktreten müssen. Denn so oder so: Die Sozialdemokratie wird von ihrem Ziel nicht ablassen. Sie wird eine Umbildung des Senats erzwingen. Mit oder ohne Pension!

Das neue Goldgeld.

Die Bemühungen der Reichsregierung, ein wertbeständiges Geld zu schaffen, haben nun ihren Niederschlag in einem Entwurf gefunden, der eine Kompromißlösung darstellt und drei Zahlungsmittel vorsieht. Um der Wirtschaft schnell wertbeständiges Geld in die Hand zu geben, wird die alte Reichsbank Goldnoten auszugeben. Um der Wirtschaft schnell wertbeständiges Geld in die Hand zu geben, wird die alte Reichsbank Goldnoten auszugeben. Um der Wirtschaft schnell wertbeständiges Geld in die Hand zu geben, wird die alte Reichsbank Goldnoten auszugeben.

Um die Reichsbank insstand zu setzen, die Funktionen einer reinen Goldnotenbank zu erfüllen, wird sie von den Staatsfinanzen völlig gelöst. Das geschieht dadurch, daß die Reichsbank keine mehr diskontiert werden. Seit 1914 sind die Schuldenfreiheiten des Staates für die Deckung der Notenausgabe dem Gold, dem Kaufmannswechsel usw. gleichgestellt worden. Auf Grund dieses Mißstandes, des Zusammenhangs der Reichsbank mit den Staatsfinanzen, konnte die Reichsbank nach Bedarf zu neuen Geldschöpfungen schreiten. Die Inflation konnte beliebig gesteigert werden, die Notenpresse Tag und Nacht laufen. Nach der durchgeführten Reform wird die Reichsbank nichts mit der Emission von Papiermark zu tun haben. Was sie herausgibt, sind Goldnoten, die durch effektives Gold, wobei man sehr wahrscheinlich weit über die Drittelddeckung hinausgehen wird, um das Vertrauen der Bevölkerung zu der neuen Note zu erzwingen, gedeckt und durch Kaufmannswechsel gesichert sind, so daß sich die Goldnotenemission, die neue Goldschöpfung, nur mit der tatsächlichen Steigerung der Produktion vollzieht. Diese Noten sind kein gesetzliches Zahlungsmittel. Auf eine Geldlösung durch Gold und Devisen glaubt man verzichten zu können, da auch die anderen Staaten mit Ausnahme von Rußland mit dieser Lösung die Golddeckung nicht haben.

Die neu zu schaffende Bank soll den Bedürfnissen der Übergangszeit bis zur Refinanzierung des Reichshaushalts dienen. Sie wird also für den Staat ein Finanzierungsmittel sein, das wertbeständige, durch Sachwerte gesicherte Kredite zur Verfügung stellt. Der Reichsfinanzminister trägt die Dauer der Übergangszeit auf 3-4 Monate. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken werden nach dem Behrbeitung, der durch eine neue Vermögensveranlagung zur Erhaltung der zahlreichsten Neureichen verordnet werden soll, mit 5 Proz. belastet. Noten, die als auf Grund einer Sachwertdeckung ausgegeben werden, sind gegen Obligationen umtauschbar, die zu einem festen Satz nachgezahlt sind. Sie sind ein ausserordentliches Inlandszahlungsmittel. Die Höhe der Emissionen kontingentiell sich von selbst durch das zur Fundierung zur Verfügung stehende Kapital und durch das in bestimmter Zeit zu deckende Defizit. Nach Schätzungen werden der Bank zum 1. Oktober zur Verfügung gestellt. Wie weit sie diese Summe für die Emission braucht, kann heute natürlich nicht gesagt werden. Die Regierung wird sich mit dem ungeringsten notwendigen Betrag beschränken. Der Finanzminister trägt z. B. auf 1 Milliarde.

Die Papiermark tritt zu der neuen Währungsnote in ein ganz bestimmtes Verhältnis (? Red. v. A.) und ist vor allen Dingen vor einer weiteren Vermehrung gesichert. Die Notenpresse wird stillgelegt. Es fragt sich nur, ob die Papiermark dann widerstandsfähiger ist als bisher. Es gibt viele Gründe, die dagegen sprechen. Sollen sich die Behauptungen bewahrheiten, dann wäre der Zustand eingetreten, da der größere Wert hat und dem Großen ein wertbeständiges Geld, die Goldnote, und dem Staat ein wertbeständiges Kredit, die Notenausgabe, im Ausgeben eines Kredits gegeben sind, während der kleinere Wert, aber für die Produktion wichtige Teil der Masse und der größte Teil der Bevölkerung nicht auf

die schlechter werdende Papiermark angewiesen ist. Daß das nicht geht, beweist gerade der gegenwärtige Zustand, wo der Kaufmann seine Preise nach den Devisen richtet, während der Konsument nach einem Index bezahlt wird, der den Anforderungen absolut nicht mehr entspricht, und die wertbeständigen Löhne illusorisch macht. Es würde dem Gelingen der neuen Währungsreform nur dienen, wenn man den Arbeiter usw. nicht von dem wertbeständigen Knecht ausschließt.

Schwere Strafe für Steuer-Saboteure.

Der Reichspräsident hat folgende Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen: das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen dazu auffordert oder anreizt, einer Steuerpflicht oder der öffentlich rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geld oder Geldeswert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände) nicht zu genügen oder die Durchführung der Vorschriften über diese Pflichten auf andere Weise zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.

§ 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Verpflegung oder Weiterveräußerung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe bewirkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Als Lebens- oder Futtermittel gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 kann neben der Strafe auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist anzuordnen, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 26, Absatz 3 und 4 der Preistreibeiverordnung vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt Teil 1, S. 700) gelten entsprechend.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. September 1923.

gez. Ebert, Reichspräsident.

Devisenrazzia in Berlin.

U. Berlin, 19. September.

Auf Ersuchen des Devisenkommissars fand gestern eine ausgedehnte Razzia auf wilde Devisenhändler statt. Es war öffentliches Geheimnis, daß in der Münz- und Grenadierstraße, in den größeren bekannten Cafés in der Friedrichstadt und im Westen sich zahllose wilde Devisenbörsen befinden. In diesen Börsen werden Billionen täglich umgesetzt. Nur solche Personen, gleichgültig, ob Ausländer oder Inländer, die nachweisen konnten, daß sie rechtmäßig in den Besitz der Devisen gekommen waren, konnten ungehindert die Lokale verlassen. Alle anderen wurden festgesetzt und die Devisen beschlagnahmt. Eine größere Anzahl von Personen östlicher Herkunft, die sich nicht im Besitz gültiger Pässe befanden, wird in den nächsten Tagen zwangsweise abgeschoben werden. Zahllose Devisen, die im Besitz des Personals der Devisencafés gefunden wurden, fielen ebenfalls der Beschlagnahme anheim.

Aufhebung aller Ausfuhrverbote.

Berlin, 19. September.

Eine Verordnung der zuständigen Ministerien setzt mit Wirkung vom 27. September alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft.

Starke Einschränkung der Einfuhr.

U. Berlin, 18. September.

Der Reichsfinanzminister hat den Entwurf einer Verordnung fertiggestellt, die starke Zollserhöhungen vorsieht zur Eindämmung der Einfuhr entbehrlicher und Luxusgegenstände. Es handelt sich um Erhöhungen von 33 1/2, 50 und 100%.

Der Stand der Goldmark.

Berlin, 18. September.

Der Stand der Goldmark am 18. September beträgt nach dem amtlichen Mittelskurs für den 17. September 1923 1714,265 Papiermark, der Stand am 17. September 31.476.190 und am 14. September 21.523.629 Papiermark.

Das Finanzausgleichsgesetz.

Berlin, 18. September.

Der Landtagsausschuß für das Finanzausgleichsgesetz legte am Montag seine Beratungen vor. Der Antrag der kommunalen Spitzenverbände, den Anteil der Gemeinden von 55 auf 60 Prozent zu erhöhen, wurde abgelehnt, angenommen jedoch der weitere Antrag, die Dotationen an die Provinzen und Kreise von 10 Prozent des Staatsanteiles auf 15 Prozent heraufzusetzen. Der weitere Antrag, die Vorschriften im § 5, daß der Staat bei Ueberweisung neuer Ausgaben an Gemeinden und Kreise für Deckungsmittel zu sorgen hat, mit rückwirkender Kraft auf den 1. 4. 20 auszusparen, fand gleichfalls Annahme, allerdings mit so knapper Mehrheit, daß mit einem anderen Ergebnis noch zu rechnen sein dürfte.

Die thüringische Krise.

SPD. Weimar, 18. Sept. (Eig. Drahtber.)

Am Mittwoch tritt der thüringische Landtag zusammen, um sich zunächst über die Wahl eines neuen Ministeriums, und wenn das nicht möglich ist, über den von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag zur Auflösung des Landtages schlüssig zu werden. Nach dem Verlaufe der bisher zwischen den Kommunisten und Vertretern der thüringischen Sozialdemokratie geführten Verhandlungen ist anzunehmen, daß beide Punkte der Tagesordnung eine positive Erledigung nicht finden. Die Verhandlungen zwischen den beiden genannten Parteien sollen, so schwierig sie sich bisher auch gestaltet haben, fortgesetzt werden. Da ihr Abschluß bis Mittwoch bei Zusammentritt des Landtages ausgeschlossen ist, wird der erste Punkt der Tagesordnung die Wahl des Ministeriums, ohne weiteres hinfällig. Ueber den zweiten Punkt ist deshalb eine positive Entscheidung nicht zu erwarten, weil eine Auflösung des Parlaments nur mit den Stimmen der Kommunisten möglich ist, die sich aber vorläufig zu weiteren Verhandlungen über die Bildung einer Arbeiterregierung bereit erklärt haben. Ihre Hauptforderung ist die Anerkennung des Betriebsrätekongresses als mitbestimmende Instanz.

Kurs vom 18. September:

Dollar 170000000

handlungen ist anzunehmen, daß beide Punkte der Tagesordnung eine positive Erledigung nicht finden. Die Verhandlungen zwischen den beiden genannten Parteien sollen, so schwierig sie sich bisher auch gestaltet haben, fortgesetzt werden. Da ihr Abschluß bis Mittwoch bei Zusammentritt des Landtages ausgeschlossen ist, wird der erste Punkt der Tagesordnung die Wahl des Ministeriums, ohne weiteres hinfällig. Ueber den zweiten Punkt ist deshalb eine positive Entscheidung nicht zu erwarten, weil eine Auflösung des Parlaments nur mit den Stimmen der Kommunisten möglich ist, die sich aber vorläufig zu weiteren Verhandlungen über die Bildung einer Arbeiterregierung bereit erklärt haben. Ihre Hauptforderung ist die Anerkennung des Betriebsrätekongresses als mitbestimmende Instanz.

Der Erfolg der „konsequent-proletarischen“ Politik der Kommunisten in Thüringen wird voraussichtlich eine rein bürgerliche Regierung sein. Wir werden die Kommunisten nach einigen Wochen daran erinnern. Genügt ihnen der Erfolg in Mecklenburg-Strelitz noch nicht?

Rückkehr der deutschen Botschafter nach Paris und Brüssel?

SPD. Am Mittwoch wird sich der englische Ministerpräsident mit Herrn Poincare in der englischen Gesandtschaft in Paris über die politische Lage unterhalten. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Besprechungen auf die allgemeine französische Politik von Einfluß sind. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung werden vorläufig die Hoffnung auf englische Hilfe aufgeben und sich ausschließlich dem Versuch zuwenden müssen, auf eigene Füße gestellt, eine schnelle Beilegung des Ruhrkonfliktes zu ermöglichen. Die Regierung Stresemann hat bisher nichts unterlassen, was eine Verständigung mit der französischen Regierung unter Wahrung der deutschen Souveränität herbeiführen könnte. Auch zurzeit noch wird der diplomatische Gedankenaustausch fortgesetzt. Auch ein Teil der neutralen Botschafter hat mit der Reichsregierung über die allgemeine Lage Deutschlands Besprechungen geführt. Falls es gelingen sollte, die Erörterungen zu einer Klärung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich zu führen, will der Reichskanzler die Besetzung der Botschafterämter in Paris und Brüssel vornehmen. Ein grundsätzlicher Beschluß des Kabinetts, diese Aemter zu besetzen, liegt bereits vor, jedoch sieht man von seiner Durchführung noch ab, weil man eine Ernennung nur dann für zweckmäßig hält, wenn die deutschen Vertretungen in Belgien und Frankreich auch die Möglichkeit haben, mit den zuständigen Regierungen auf eine Verhandlungsbasis zu treten, die eine Verständigung in Aussicht stellt.

Um die Lohnsteuerermäßigung.

Die Lohnsteuerermäßigungen, die bis 1. September monatlich neu festgelegt wurden, sind diesmal bereits mit Wirkung vom 16. September ab gegenüber dem Stand vom 1. September verdoppelt worden. Aber auch diese Regelung reicht angesichts der schnellen Preis- und Lohnentwicklung nicht aus. Die erheblichen technischen Schwierigkeiten, die bisher bereits die automatische Veränderung der Lohnsteuerermäßigungen verhindert haben, machen es aber auch jetzt noch unmöglich, die steuerfreien Beträge vor dem 1. Oktober wesentlich festzusetzen. Es darf allerdings angenommen werden, daß auch das Finanzministerium sich der Erkenntnis nicht verschließt, daß die Ermäßigungsätze, die vom 1. Oktober ab gelten werden, unter Berücksichtigung der ungenügenden Sätze des September sehr stark erhöht werden müssen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zu diesem Zweck im Reichsfinanzministerium bereits vorstellig geworden. Die Fraktion hat ferner angeregt, bereits vom 1. Oktober ab eine automatische Anpassung der Ermäßigungsätze vorzunehmen unter Zugrundelegung des Ernährungsindex bezw. der Goldmark. Eine solche Regelung ist notwendig, weil die Löhne, die jetzt mit dem Lohnsteuertariff verbunden sind, drückender werden, je mehr bei fortschreitender Geldentwertung die Reallöhne sinken.

Deutschvölkische Korruption.

Die „Völk. Ztg.“ veröffentlicht ein Rundschreiben der Schutzvereinerung der Genossen der Deutschvölkischen Bank, das zu dem täglichen Gezeiter der Hafenkreuzler über „jüdische“ Finanzpraktiken in einem pitanten Gegenatz steht. Es heißt da u. a.:

Ungeheuerliche Vorkommnisse zwingen uns, die bisher aus päpstlichen Rücksichten geübte Zurückhaltung aufzugeben und rücksichtslos vorzugehen. Nicht nur der völkische Charakter des ganzen Unternehmens, sondern auch die höchsten Aufwandsmittel der Bank, die durch die jüdische Korruption in einem pitanten Gegenatz steht, sind durch diese Vorkommnisse gefährdet. Die höchsten Aufwandsmittel der Bank, die durch die jüdische Korruption in einem pitanten Gegenatz steht, sind durch diese Vorkommnisse gefährdet. Die höchsten Aufwandsmittel der Bank, die durch die jüdische Korruption in einem pitanten Gegenatz steht, sind durch diese Vorkommnisse gefährdet.

Im April d. J. mußten fünf Vorstandsmitglieder der Nationalsozialistischen Partei zu hohen Geldstrafen, ersatzweise zu einem Jahr Gefängnis, verurteilt werden, weil sie sich gegen das Bankgesetz vergangen hatten, beim Franzoseneinfall in das Ruhrgebiet forderte ein Deutschvölkischer dazu auf, die Gelder der freiwilligen Ruhrspende zu Parteizwecken zu mißbrauchen, der Fußs-Projekt brachte den Beweis, daß die Hafenkreuzler sich nicht scheuen, französische Gelder zu nehmen — es braucht also nicht weiter in Erwägung zu stehen, wenn es in dem Bankinstitut der Deutschvölkischen nicht ganz noch laubereiche Wälder giebt.

Goldpreise und Index.

Mit der Einführung von Goldpreisen für Kohle ist die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus zur Aufstellung von Goldpreisen einigermassen abgeschlossen. Von den wichtigsten Lebensmitteln waren es seit jeher Schmalz und Margarine, welche die Schwankungen des Dollarkurses entweder automatisch oder in ganz kurzem Abstände durch die Preisfestsetzung der Kartelle mitmachten. Der Preis für markenfreies Brot folgt dem Dollarkurs in dichtem Abstände, da er sich in der Hauptsache nach dem Getreidepreis des freien Marktes richtet und dieser nur in ganz kurzen Momenten hinter dem Dollarkurs zurückbleibt, um ihn ebenso zu überschreiten, wenn der Dollarkurs sich jetzt oder zeitweilig schieben bleibt. Durch das Schlüsselzahlensystem sind auch im Eisenbahnverkehr die Goldpreise grundsätzlich durchgeführt, wodurch die Tendenz zu einer gleichartigen Preisstellung auch bei solchen Waren verstärkt wurde, die bisher hinter dem Dollarkurs noch zurückblieben. Mit der Einführung von Goldpreisen für Kohle aber werden auch die kommenden Tarife für die Leistungen des täglichen Bedarfs, also insbesondere für die Lieferung von Gas und Elektrizität, zwangsweise dem Dollarkurs angeglichen. Die Gebiete, auf denen man noch selbst im Kleinhandel mit Papiermarktpreisen rechnet, werden also immer kleiner. Typisch ist dabei der Vorgang auf einem Markt, dem glücklicherweise für die Lebenshaltung des deutschen Volkes eine entscheidende Bedeutung nicht zukommt, der aber immerhin in dem Haushalt breiter Massen eine mehr oder weniger große Rolle spielt, der Markt für Tabak und Tabakfabrikate. Noch vor wenigen Wochen waren hier die Händler durch die Bändersteuer zu einer gewissen Anlehnung an ihren Einkaufspreis in Papiermark gezwungen, sie konnten den Wiederbeschaffungspreis nicht berücksichtigen und wurden so besonders stark von dem Kapitalchwund getroffen, welcher weite Handelskreise erfasst hatte. Neuerdings aber wird die Tabaksteuer — und das mit Recht — als eine Goldsteuer angesehen, da sie ja vor dem Verkauf der Ware, also noch in gutem Gelde, erhoben wird. Die Folge davon ist, daß die Preisbildung am Markt dieser Ware von allen Fesseln frei ist und daß damit die Preise mit erhöhter Geschwindigkeit steigen. Wieviel mehr noch wichtige Bedarfsartikel, insbesondere Lebensmittel, wie Fleisch, Eier, Kartoffeln, Milch und trotz der behördlichen Beaufsichtigung der Preise manche dieser Waren mit dem Dollarkurs in die Höhe gehen, davon weiß jede Hausfrau ein Lied zu singen, sodaß man nicht erst Zahlen anzuführen braucht.

Unter diesen Umständen verliert der amtliche Lebenshaltungsindex immer mehr an Wert. In den drei Tagen, die von seiner Erhebung bis zu seiner Veröffentlichung vergehen, hat sich das Warenpreisniveau vollkommen geändert. Nun wird der amtliche Lebenshaltungsindex allen Lohnverhandlungen zugrundegelegt. Seine Unzulänglichkeit ist nun genügend bekannt und deshalb haben ja auch viele Gewerkschaften versucht, neben dem Index einen anderen Vergleichsmaßstab — etwa die Großhandelspreise — heranzuziehen, um die tatsächliche Teuerung in der Verbrauchswoche zu ermitteln. Dieses Verfahren bringt in die Kalkulation der Löhne ein Moment der Unsicherheit, besonders aber für den Arbeitnehmer. Es bedeutet doch für ihn einen glatten Verlust, wenn etwa am Montag ein Dollarkurs von 100 Millionen gilt, am Mittwoch aber bereits ein solcher von 150 Millionen, während der vom Syndikat in Gold aufgestellte Kohlenpreis sich in diesen drei Tagen automatisch um die Hälfte verteuern mußte, die Kosten für Heizung und Beleuchtung also gestiegen sind. Solange, wie dem gesamten Preisniveau ein allgemeiner Maßstab der Veränderungen innerhalb weniger Tage nicht vorlag, war man auf diese Mutmaßungen oder Behelfsmittel angewiesen. Man verwandte eben neben dem Lebenshaltungsindex den Großhandelsindex oder andere Maßstäbe der Geldbewertung. Manche Gewerkschaften waren allerdings nicht stark genug, um die Berücksichtigung eines weiteren Geldbewertungsfaktors durchzusetzen. Für ihre Lohnbemessung gilt nur der veraltete Index. Aber auch zur Anerkennung von mutmaßlichen Teuerungsfaktoren, wie es etwa der Dollarkurs oder der Großhandelsindex ist, konnte man den Unternehmer nicht allerwärts bringen, solange die Preisbildung im Kleinhandel noch an der Papiermark klebt. Das ist jetzt

nicht mehr der Fall; daraus müßten jetzt auch die Konsequenzen gezogen werden.

Nun stößt die Aufstellung eines allgemein gültigen Kleinhandelsindex in Gold immer noch auf erhebliche Schwierigkeiten, weil einzelne Warengruppen und sonstige Teuerungsmomente, insbesondere der Preis des Markenbrot und die Wohnungsmieten tatsächlich nicht mit dem Dollarkurs mitgehen. Was aber heute gemacht werden könnte, das ist ein verkleinerter. In der wichtigeren Warenpreise in Gold neben dem bisherigen amtlichen Index. Es brauchen dazu nicht so viel Waren herangezogen zu werden, wie beim bisherigen Lebenshaltungsindex, dafür müssen aber die einzelnen Waren entsprechend ihrer Wichtigkeit in diesem Index berücksichtigt werden. Ein solcher Index, der etwa den größten Teil der vorgenannten Waren umfassen müßte mit Ausnahme derjenigen, die behördlicher Preisbildung unterliegen und heute noch nicht in Gold aufgestellt werden, würde insbesondere die Teuerung in den Großstädten mehr der Wirklichkeit entsprechend spiegeln, als das bei dem papierernen Index von heute der Fall ist. Er könnte auch von Tag zu Tag veränderlich angewandt werden, weil man ja, um die Preise vom Freitag zu erhalten, lediglich die Veränderung des Dollarkurses seit der Erhebung vom Montag einzusehen brauchte. Käme ein solcher amtlicher Index, so würde er nicht nur dazu beitragen, die tatsächliche Unterentlohnung breiter Massen zu beseitigen — schon das wäre sehr notwendig, weil die Unterentlohnung heute infolge der Arbeitseinschränkungen gerade die kurzarbeitenden Berufe hauptsächlich zu einem Hungerdasein zwingt — er würde auch die Bestrebungen nach einer Festmarkterlohnung, wie sie jetzt bei einzelnen Verbänden im Gange sind, fördern und auf eine gesunde Grundlage stellen.

Volkswirtschaft.

Deutschlands Getreideernte

Ist nach den vorliegenden Vorkühungen für das Reich in Preußen wesentlich besser als die Ernte der letzten fünf Jahre und steht nach den amtlichen Ermittlungen nur noch wenig im Durchschnittsertrag hinter dem Jahre 1913 zurück. Man erwartet z. B. in Preußen eine Ernte an Brotgetreide, die um 47 Prozent oder 2,3 Millionen Tonnen größer ist, als die des Vorjahres. Die gesamte Getreideernte dürfte nach den gleichen Angaben um 48,6 Prozent oder 4,3 Millionen Tonnen größer sein als im letzten Jahre. Die amtliche Statistik bestätigt so die außerordentlich günstige Entwicklung der Getreideernte, welche zum großen Teil bei günstigem Wetter gut eingebracht werden konnte. Wenn die Getreideerträge bei Weizen noch um etwa 2, bei Winterroggen um 1,2 Doppelzentner hinter dem Vorjahresstand zurückbleiben, so steht absolut nicht fest, ob dieser Minderertrag tatsächlich vorhanden ist. Die amtliche Ernteberechnung hat sich in den letzten Jahren als außerordentlich unzuverlässig erwiesen und stand sehr stark unter dem Einfluß der Treiberien gegen die Zwangswirtschaft. Um sich der Ablieferungspflicht zu entziehen, suchten natürlich die Landwirte und die ihnen nahestehenden Kreise das Ergebnis der Ernte möglichst ungünstig hinzustellen und es ist anzunehmen, daß diese Gewohnheit vielerorts jetzt noch nicht abgelegt ist. Man kann also ohne Uebertreibung behaupten, daß wir in diesem Jahre eine Rekorbernte haben. Umso trauriger ist es, daß die Verbraucher von dem wirklichen Ausfall der Ernte wenig zu spüren bekommen. Infolge der großen Schwankungen des Geldwertes steigt der freie Brotpreis unausgeleitet, nachdem sich die Getreidepreise an der Börse automatisch den Weltmarktpreisen anpassen, ja, diese sogar zeitweilig übersteigen. Der Mangel an Devisen verhindert, die Konkurrenz billigeren Auslandsgetreides in dem Umfang gegen eine Uebersteigerung der inländischen Getreidepreise auszuspielen, wie es anlässlich der Not der Verbraucher erforderlich wäre. Die Schwankungen des Geldwertes verhindern auch, daß die Versorgung mit Getreide einmal zu reichlich wird, um die Preise wesentlich senken zu können. Denn das Getreide, das der Landwirt behält, entwertet sich nicht, während die Papiermark, die ihm der Verkauf einbringt, schon von dem Zeitpunkt des Getreideverkaufs bis zu dem Augenblick, wo er eine andere Ware, etwa Kunstdünger, dafür erstanden hat, wesentlich zurückgegangen ist. Es kommt also alles darauf an, die bessere und billigere Brotversorgung zu begünstigen durch die

Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel. Schon jetzt hat man den Landwirten für das vom Reiche gekaufte Getreide die neue Goldanleihe des Reiches als Zahlungsmittel angeboten und nimmt diese auch bei der Landabgabe als Steuer in Zahlung. Es wird notwendig sein, daß diese Versuche, die Getreideablieferung zu begünstigen, fortgesetzt werden. Sind doch für eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft die Vorbedingungen nicht mehr gegeben, zumal der Organisationsapparat dafür abgebaut ist. Auch sonst kann man sich von polizeilichen Maßnahmen allein eine Erfassung der Ernte nicht versprechen, wenn die ökonomischen Interessen der wirtschaftlich erstarbten Landwirtschaft sich in einem so starken Gegenlag zu den Interessen der Verbraucher befinden, wie das jetzt durch die Geldbewertung der Fall ist. Die Tatsache, daß die Ernte gut ausgefallen ist, begünstigt auf der anderen Seite die Schaffung einer neuen Währung in außerordentlichem Maße. Wir brauchen mehrere Millionen Tonnen Getreide weniger vom Auslande einzuführen, als in früheren Jahren, und um diesen Betrag, der in die Milliarden Goldmark geht, wird unsere Handelsbilanz und damit auch die Zahlungsbilanz entlastet. Es darf daher keine Zeit mehr verloren werden, um die Währungspolitik auf dem beschrifteten Wege fortzuführen.

Vermischte Nachrichten.

Der Kontorlehrling als Lebemann. Ein 160-Milliarden-Dollars-Fraudant wurde von der Berliner Kriminalpolizei unerschöpflich gemacht. Der ungefähr 14-Jährige erhielt der 22-Jahre alte Kontorlehrling Seegardel von der Sprit- und Brauhaus-W.G. in Memel den Auftrag, 160 Millionen wegzubringen. Der junge Mann steckte das Geld in seine Tasche und fuhr damit zunächst nach Kowno, wo er sich in einem der besten Hotels aufhielt. Dann fuhr er nach Berlin. Hier stieg er in einem Hotel in der Friedrichstraße ab, besuchte zahlreiche „Bergnügungstätten“ und war bald als Lebemann bekannt. Nicht nur mit deutschem Gelde, sondern auch mit Devisen war er äußerst freigebig. Auf seinen Rundfahrten durch die Nachtlande kam er auch nach dem Augustkeller, wo er sich auf Dollar Markt sah. Beamte, die auf ihn jahndeten, kamen ihm auf die Spur und nahmen ihn fest. Ueber die Hälfte des unterirdischen Geldes hatte er bereits durchgebracht. In seinem Besitze befanden sich noch 143 Dollar, 33 englische Pfund und mehrere norwegische und dänische Kronen sowie 400 Lat. In seinem Hotel wurden noch sehr teure Anzüge und andere kleine Stücke, die er sich von dem Gelde gekauft hatte, beschlagnahmt.

Im Segelboot über den Atlantik. Nach 142 Tagen in New York angekommen. Der französische Sportmann Alain Gerbault ist in seinem Segelboot nach einer Ueberfahrt von 142 Tagen in New York angekommen. Er hat seine Wette gewonnen und ganz allein die Reise von Europa nach Amerika durchgeführt. Gerbault hat mehrere heftige Stürme erlebt, die einen Teil seiner Segel vernichteten und auch die kleine Kajüte der zehn Meter langen Jacht stark beschädigt haben. Er verlor aber nicht den Mut, obwohl er 28 harte Tage durchzumachen hatte. Zweimal traf Gerbault große Ozeandampfer, die ihn neu verproviantierten. Die schwerste Zeit brach für Gerbault an, als ihm das Trinkwasser ausging. Am Anfang seiner abenteuerlichen Fahrt hatte er Fischfang getrieben und Romane gelesen. Als die Reise zu Ende ging, war er heilhaft ohne Bewußtsein und lag sich von dem Winde treiben. Jetzt ist Gerbault von seiner Reise entzückt und hat den Berichterstatter erzählt, er werde eine neue Jacht kaufen und wieder allein auf die Reise gehen; diesmal auf eine Fahrt um die Welt, die drei Jahre dauern soll.

Lobesprung aus einem Wolkenträger. Aus New York wird gemeldet, daß sich in der City von New York, gerade zu einer Stunde, als Tausende von Menschen zur Arbeit eilten, ein Mann aus dem fünfzehnten Stockwerk des der American Prok. gehörenden Gebäudes stürzte und mitten in das Gewühl der Straße fiel. Es handelt sich um einen japanischen Angestellten namens Mitsui, der Selbstmord beging, weil er durch ein Telegramm erfahren hatte, daß seine Frau und Kinder bei der japanischen Erdbebekatastrophe ums Leben gekommen seien.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freimarkt Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Jahn.

23. Fortsetzung.

Einmal — in Salomes Anwesenheit — kam zwischen den Eltern Zeller und ihm die Rede auf Heinrich Hirtzel. Sie sprachen von seiner Tüchtigkeit, wie sie überhaupt nie aus dem Mäulchen herauskamen, wenn sie den jungen Prinzipal nannten. Dabei erwähnten sie, wie diese Tüchtigkeit sich von Anfang an erwiesen habe, schon damals, als er aus England zurückgekommen sei. Irgendeine Bemerkung streifte dann die Tatsache, daß Hirtzel damals in England auch Salome getroffen.

„Da man hat Heim täglich mit der ersten Frage da stehen: „In England — Herr Hirtzel und Junger Zeller?““

Die Frage war seltsam und an ihm, dem Benutzenden, doppelt auffällig.

Vater Zeller beachte etwas befremdet, worauf Heim wie zur Erklärung seiner Verwunderung bemerkte, es sei ein spaßiger Zufall, wenn zwei Menschen aus demselben Hause sich in so weiter Ferne trafen.

Salome hielt sich der Unterhaltung fern. Sie beugte sich über eine Handarbeit, mit welcher sie beschäftigt war. Aber sie fühlte, aufs neue, daß Heim Gedanken hatte, um die sie nicht wußte, grübelnde, frühreife, seltsame Gedanken. Und sie bangte wieder vor dem, was hinter seiner hohen, gewölbten Stirn sich spinn.

Heim hatte scharfe Ohren und war ein Grübler und Sucher. Nach und nach mußte er die Wahrheit erlaucht und ergrübelt haben. Es kam der Tag, an welchem er Salome gerade heraus fragte: „Sage mir, ob Herr Hirtzel mein Vater ist.“

Sie waren allein. Es war ein Sommerabend und die Arbeit des Tages für beide getan. Sie ergingen sich in den Anlagen, die am Nordende der Stadt zwischen den beiden Flüssen Linnat und Sipl lagen. In einem verlassenem Querwege standen sie still. Büsche verbargen sie fremden Blicken.

„Heim,“ stotterte Salome, ungewiß, was sie antworten sollte. „Ich möchte es wissen,“ beharrte er. Sein glattes Gesicht war jetzt schon viel größer als Salome, noch immer bartlos, aber ein schmaler, starker Mensch.

„Ich will nicht davon sprechen,“ sagte sie in heftiger Erregung, „und du sollst mich auch nicht fragen.“ Er zuckte nur die Achseln, und sie gingen weiter. Eine Weile harrte sie, daß er weiter in sie dringen werde. Ihr Atem flag vor Unruhe.

Aber er sprach nicht mehr davon. Sie waren schon ein weites Stück gegangen, da machte er sie auf einen besonders hübschen Strauch am Wege aufmerksam. So ging er über die Sache hinweg, als ob nichts gesagt worden wäre. So sonderbar war er immer.

Aber das Zittern, das Salome im Innern hatte, wich lange nicht.

Wiese Wochen noch konnte sie Heim nicht begegnen, ohne daß die Furcht vor weiteren Fragen sie quälte. Er aber fragte nicht mehr.

Wieder verstrich Zeit und Zeit. Vater Zeller begann davon zu sprechen, daß er wohl bald seine Stellung würde aufgeben müssen. Er war eigentlich nicht krank, nur ein wenig müde; die nehmlichen Gänge wurden ihm manchmal schwer, und raube Witterung ertrug er nicht mehr so leicht wie früher. Vorläufig blieb es freilich beim Davonreden, in Wirklichkeit vermiß er, seine Entlassung zu nehmen. Dagegen gab Frau Regula ihren Sitz neben ihren Fruchtkörben unter den Bögen auf. Lust und Neugierigkeit hatten ihr im Laufe der Zeit ein Keilchen in die Glieder geschoben, und so lag sie da, häusliche Frau in ihre Stunden, die sie dann zu anderen Dingen als zum Besuche des Gottesdienstes verließ.

Salome arbeitete. Raffose Arbeit war der Inhalt ihres Lebens. Dieselbe lenkte ihre Gedanken ab, und sie brauchte etwas, was sie nicht zum Nachdenken kommen ließ. Mehr und mehr mied sie die Menschen und die Vergnügungen des Abends. Ueber mit den Brüdern verkehrte sie fast mit niemand. Wenn die Eltern sie gutmütig schalkten, daß sie sich zu wenig Abwendung gönne, antwortete sie jetzt, Gefelligkeit und Vergnügen sei für die Jugend. Und sie konnte nicht leugnen, daß sie selber nicht mehr jung sei. Einen Schatten warf freilich Salomes einsames Weilen in die Zufriedenheit der Alten. Es kam mit dem einzigen Kinde manches so ganz anders, als sie es sich vorgestellt hatten. Die leise Schamhaftigkeit, die früher an Salome gewesen, war tot oder hatte sich in ein fast schmerzliches kleines Dachen verwandelt. Die einseitige Keckheit war Schärfe geworden. Und was sich in ihrem Charakter geändert, das hatte auch ihrem Neuen seinen Stempel aufgedrückt. Ihre blauen Augen hatten ihr heiteres Licht verloren und dafür etwas Hartes, fast Jörniges im Ausdruck angenommen. Die runden Wangen entbehrten jetzt der weichen, jugendlichen Form, und es fiel von ihnen aus eine knappe, eigenartige Linie gegen den Mund. Und braun war Salome geworden, als ob sie viel im Wetter gewesen. Es aßi Gefächter, auf denen die Gewitter der Seele Spuren hinterlassen wie rauhe Wetter auf der Haut eines Zielgenwanderers. Das alles, die hundert kleinen Hammerklänge und Messerstücke und Feilenstriche, mit welchen Gedanken, Sorgen und Alter im Menschenantlitz schreiben und bildern, war in Salomes Jügen zu sehen. Nur die Gestalt des Mädchens war noch immer dieselbe wie in der Jugend, und an ihr erinnerten sich die Alten, was sie früher für ein hübsches, ledes, raffos Kind gehabt hatten.

Während die Alten müde und die auf der Lebenshöhe Stehenden härter und ernster wurden, streckte sich Heim der Jüngling immer mehr wie ein junger Mann. Es gab Zeiten, in welchen Salome stolz auf ihn war. Noch wie vor war sie um seine Liebe mit hundert kleineren Gedanken und Hoffungen nicht mehr, wie früher ihr der Gewerch alles dessen wurde, was er zum Leben beehrte.

Heim war vergnügt und glücklich. Ueber seiner Mutter tat ihm auch die weiche und blindgütige Mutterin zuliebe, was sie nur konnte, und ihr Mann, wenn er auch mit allem Befall zurückhielt, sah mit ruhigem Wohlgefallen seinem selbstigen und geistigen Gedeihen zu. Der Jüngling war jetzt einundzwanzig Jahre alt und in dem Geschäfte, wo er bisher als Lehrling tätig gewesen, Geselle geworden. Da kam ein Tag, an welchem die drei Menschen, die bisher für sein Wohl geforgt hatten, gänzlich aus seinem langamen und kühlen Herzen fielen.

Salome führte ihn an diesem Tage zum ersten Male ins Theater und sah neben ihm in der vordersten Reihe einer der Galerien. Auf der Bühne wurde ein Schillerisches Stück gegeben. Heim war wortlos, wie immer; das Stück schien ihm keinen Eindruck zu machen. Auf seiner anderen Seite sah ein junges Mädchen mit schwarzen Kraushaar, einem hübschen Gesicht und glänzenden, ausstrahlenden Augen. Sie war ein wunderbar schönes Ding, und die Zuschauer waren ihr merkwürdiger als das Spiel. Besonders oft wendete sie sich nach Heim um. Dabei begegnete seine Augen nach einer Weile den ihrigen, hasteten darin und senkten sich. Die Blicke suchten sich abermals. Und später wieder. Dann war für beide junge Leute nichts mehr als nur sie zwei. Die Augen redeten, als fielen hundert glühende Worte. Sie selbst lehnten sich aneinander, ohne daß jemand es merkte.

Als das Stück zu Ende war, fand Heim im Tumult des Aufstehens Gelegenheit, des Mädchens Hand zu drücken. Die ihre kam ihm entgegen. Sie gaben sich damit gleichsam das Versprechen: „Wir sehen uns wieder.“

Heims Zerstreuung fiel Salome auf. Sie fragte ihn, wie es ihm gefallen habe. Er zuckte nur die Schultern. Sein Blick wanderte und suchte unter der Menge, die das Theater verließ. Blühlich marmelte er etwas Unverständliches und bahrte sich den Weg durch die Schar der Leute. Salome verlor ihn aus den Augen. Sie wartete eine Weile, erst in der Vorhalle des Theaters, dann draußen. Als Heim nicht wiederkam, redete sie sich ein, daß jener, um den Spätzug noch festhielten nicht zu verfehlen, sich eilig nach dem Bahnhof begeben habe. Erst später erfuhr sie, daß er in der Nacht nicht bei den Pflegeeltern gewesen.

Bald nachher wurde sie gewahr, daß in die Wiebe des Sohnes, um welche sie warb, eine andere getreten war, um derentwillen er ihrer vergaß.

XIV.

Sie hieß Digna Petermann und war eines deutschen Geschäftsmannes Tochter, eines etwas dunkeln Mannes, der manchmal Geld hatte und öfters keines, und der, wenn er welches hatte, gern damit großtat. Die Mutter ging als Näherin ins Kundenhaus und war eine brave, schwache Frau. Die Tochter war blutjung, leidenschaftlich und verliebt. Sie hatte eine Anstellung als Verkäuferin in einem Großhause. Das war Heim Zellers Verlobte.

(Fortsetzung folgt.)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 19. September.

Die politische Lage im Reich — Die parlamentarische Krise in Lübeck.

Mit diesen beiden Fragen beschäftigte sich die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag abend, deren starker Besuch das rege Interesse an diesen Fragen bewies. Ueber die Lage im Reich sprach Gen. Weh. Er ging aus von dem gegenwärtig im Vordergrund stehenden Problem der Lösung des Ruhrkonflikts. Selten habe eine Regierung eine so undankbare Aufgabe übernommen, wie die gegenwärtige, nach dem die Garo-Regierung auf allen Gebieten so schmachvoll versagt habe. Nach deren Rücktritt war die Bildung der großen Koalition der einzig mögliche Verlust, das Ruhrabenteuer zu liquidieren und die Reparationsfrage zu regeln. Redner erörterte die in der letzten Jahre eifrig diskutierte Frage der großen Koalition und kam zu dem Schluss, daß mancherlei Gründe für deren Bildung sprächen, wenigstens in dem Augenblick ihrer Entstehung. Wir müßten allerdings die umgehende Erledigung des Ruhrkonflikts verlangen, denn es sei auf die Dauer ein unerträgliches Zustand, daß das Reich etwa 12 Millionen Nichtarbeitender ernähre, zumal angesichts der bestehenden und täglich in riesigen Ausmaßen steigenden Arbeitslosigkeit im unbesetzten Deutschland. Es müsse weiter gefordert werden, die Erfassung der Sachwerte, ohne die nicht auszukommen sei, sowie die Reform unserer zerrütteten Währung. Die Entscheidung über die Forderungen der nächsten Zeit werde für das Weiterbestehen der großen Koalition von bestimmendem Einfluß sein. Gelingt es nicht, innerhalb der großen Koalition die vorstehenden Forderungen zu verwirklichen und die Steuerlabotage zu verhindern, dann sei der Zeitpunkt gekommen, wo die Partei ihre Vertreter aus der Koalitions-Regierung zurückziehen werde. Um aber unseren Forderungen den nötigen Nachdruck und Rückhalt zu geben, sei es notwendig, daß die Partei alle Kräfte zusammenfasse zur Erhaltung des Staates und unserer selbst. — An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine kurze Aussprache, die von den Genossen Körner, Marx und John geführt wurde. Die Stellung der Versammlung befandete folgende einmütig angenommene Entschließung:

„Die Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei am 18. September bedauert, daß es der Regierung nicht gelungen ist, der Entwertung unseres Geldes auch nur einigermaßen Einhalt zu tun. Die Versammelten sind sich wohl bewußt, daß die Regierung Stresemann eine traurige Erbschaft vorgefunden hat. Eine Besserung der Verhältnisse erscheint jedoch nur denkbar bei weitgehendster Erfassung der Sachwerte. Hartnäckigste Befragung aller Steuerlabotage ist geboten. Ebenso geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in kürzester Frist! Sollten die bürgerlichen Parteien diese Wege nicht bis zur letzten Folgerung mit uns gehen wollen, dann haben die sozialdemokratischen Minister wieder zurückzutreten.“

Eine von W. Körner eingereichte Resolution, die den Austritt aus der Koalition und Niederlegung der Ämter von den Führern forderte, die für die große Koalition eintreten, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

„Die parlamentarische Krise in Lübeck“ behandelte in interessanten Ausführungen Genosse Haut. In knappen Bildern stellte er die bekannten Ereignisse der letzten Zeit zusammen und gab hier und da Erläuterungen, die für die Gesamtheit der Parteigenossen zum Verständnis der Haltung der Fraktion notwendig sind. Dem Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Gesamt-Senat habe unsere Fraktion nicht zugestimmt, weil sie auf einem anderen Wege schneller das Ziel erreichen werde: die Umbildung des Senats. Nach Annahme des kommunistischen Antrages, der ja nur mit einfacher Mehrheit erfolgt wäre, wäre die Lage dieselbe gewesen wie von den August-Ereignissen. Die Annahme hätte auf Grund unserer Verfassung den Senat zu nichts verpflichtet, und man hätte die anläßlich des Amtskollegiums nachgegebene Entschädigung des Reichsgerichts abwarten müssen. Darüber könnten noch Monate vergehen, und da die Fraktion die Wiederholung ähnlicher oder gar schlimmerer Ereignisse wie am 9. und 11. August angesichts der Notwendigkeit der leitenden Stellen verhindern wollte, wählte sie den von ihr eingeschlagenen Weg, der in ganz kurzer Zeit zum Ziele führen werde. Nachdem der Antrag betr. Änderung des Pensionengesetzes in zweiter Lesung abgelehnt worden sei, habe sich auch der Senat mit der für ihn unhaltbaren Lage beschäftigt, und er richte nunmehr an die Bürgerkammer den Antrag auf Änderung der Verfassung. (Redner erläuterte die Vorlage, die wir an anderer Stelle der vorliegenden Ausgabe behandeln.) Das sei etwa das, was wir bisher forderten, und so werde die Fraktion dem Antrage ihre Zustimmung geben und etwaige Verschleppungsversuche zu verhindern wissen. Mit der Aufforderung zu geschlossenem Zusammenhalten wie bisher schloß Gen. Haut seine von lebhaftem Beifall begleiteten Ausführungen.

An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Brechmer, Henze, Heidmann und in längerer Ausführungen Genosse Dr. Leber, der nach Würdigung der verschiedenen vorgelegenen Mittel und Wege darauf hinwies, daß es der Mehrheit des Senates anscheinend darauf ankomme, sich unter allen Umständen die Pension zu sichern. Der vorliegende Senatsantrag entspreche im großen und ganzen unseren Anschauungen und sei deshalb anzunehmen. Sollte er durch die bürgerlichen Fraktionen zu Fall gebracht werden, dann werde sofort nächstfolgender Kampf einsetzen bis zur Erreichung des Zieles, der Umbildung des Senats.

Mit der Aufforderung zu treuer Gesetzhaltung schloß der Vorsitzende, Gen. Dr. Leber, unter starkem Beifall die anregende bis zum Schluß vollbesetzte Versammlung.

Auch eine Begründung des Butterpreises.

Wie mitgeteilt, nimmt jetzt die Hamburger Notierungskommission ihre Arbeit wöchentlich zweimal auf, um bei dem Wiedereintritt von den Dollarkurs nicht zu kurz zu kommen. Am Montag belief sie es bei den 40 Millionen Mark für Butter. Dagegen wurde die Milch um eine halbe Million höher geschätzt. Die Parteien Angrif, die die Notierungskommission auch von der bürgerlichen Presse erlitt, gaben der Kommission Anlaß zu einer Begründung der Preisfestsetzung, aus der wir folgende charakteristische Sätze mitbringen:

„Bei Beurteilung des Abrechnungspreises von 30 Millionen Mark (Großhandelspreis) muß man berücksichtigen, daß dieser Preis dem Preise entspricht, der für andere tierische Produkte, insbesondere Schmalz und Fleischwaren, bezahlt wird. Falls die Butternotierungskommission dieses bei der Preisfestsetzung nicht berücksichtigen würde, würden in ganz kurzer Zeit die Zufuhren gänzlich unterbunden werden. Die Landwirte sind gewöhnt, wirtschaftlich zu denken und wirtschaftlich zu rechnen. Wenn sie finden, daß sie durch Käse, Butter und Schmalz die Milch besser verkaufen können, wandert die Milch

anstatt zur Meierei in den Masttrug. Zwangsweise und künstlich niedrig gehaltene Butterpreise würden also die Produktion lähmen, da die Produktion stets ein Ventil findet, um dem ihr auferlegten Zwange zu entweichen. Bei Beurteilung der Preise ist ferner zu berücksichtigen, daß das alt- und neubekleidete Gebiet den Hamburger Markt dauernd hinsichtlich der Preise überbietet, und daß, falls wir nicht annähernd gleichen Schritt halten, eine Verdrängung des Hamburger Marktes die Folge sein würde.“

Die Rechnung, daß sich der Ladenpreis für 1 Pfund Butter in letzter Woche auf 1,90 Goldmark gestellt hätte, also den Friedenspreis erheblich übersteigen hätte, beruht auf einem rechnerischen Irrtum. Die wirkliche Grundlage zur Errechnung des Goldpreises bildet in allen Fällen nur der jeweilige Dollarkurs. Der heutige Notierungspreis von 30 Millionen Mark entspricht bei einem Dollarkurs von 160 Millionen für die Landwirtschaft einen Erlös von 0,79 Goldmark pro Pfund, gegenüber einem Friedenspreis von 1,30 Goldmark. Der Weltmarktpreis ist damit keineswegs erreicht oder gar überschritten; dänische Butter kostet heute 1,90 Goldmark als Meierei für den Großhandel. Butter steht also im Gegensatz zu anderen Lebensmitteln dauernd unter Weltmarktparität.

Der enge Zusammenhang der Milchpreise mit den Butterpreisen ist ein Problem für sich. Will man die Milchpreise für die minderbemittelte Bevölkerung verbilligen, so ist dieses nur möglich auf ähnlichem Wege, wie bei der Brotzubereitung, nämlich durch eine besondere Abgabe der bemittelten Kreise. Es unterliegt nicht der Kompetenz der Butternotierungskommission, und es ist ihr unmöglich, von sich aus Einfluß auf die Milchpreise zu gewinnen.“

Die Beendigung besagt an sich nichts Neues und versucht nur, die Schuld auf andere abzuwälzen. Auch das „nationale Empfinden“ der Landwirtschaft, die Milch Heber den Schweinern und Kälbern als dem hungernden Volke vorzuziehen, ist bekannt und von uns schon so oft gebrandmarkt worden. Eine Schande ist es, wie man heute, wo 2/3 des Volkes vor dem Verhungern steht, derartige Rechtfertigungen über sich ergehen lassen muß. Den Dollarkurs zu erreichen, das gilt Erzeugern und Handel weit mehr, als die Erziehung der Volksmassen, um deren Goldlohn sich keine kümmert. Wenn die Herrschaften schon alles nach dem Dollarkurs bezahlt haben wollen, dann mögen sie ebenfalls auch die Steuern dieser Wertbeständigkeit anpassen. Aber davon wollen sie nichts wissen. Es scheint, daß alles mit Blindheit geschlagen ist. So geht es nicht weiter. Es mag sein, daß die Meiereien unter dem Druck der Erzeuger leiden. Dann aber muß das Problem eben anders angefaßt werden, am besten zentral über ganz Deutschland. Die Zwangswirtschaft für Milch und Butter muß wieder kommen. Sie kann natürlich örtlich nicht allein durchgeführt, aber der schärfste Druck muß von den örtlichen behördlichen Stellen nach oben ausgeübt werden. Wege müssen gefunden werden, die es den Erzeugern unmöglich machen, unter Irreführung einer Form der Bewirtschaftung sich ihrer Lieferungsverpflichtung zu entziehen. Der Ernst der Lage darf durch die amtlichen Stellen nicht verkannt werden. Es gäbe stark und die Erregung wird eines Tages zum Ausbruch kommen, wenn nicht etwas zur Abhilfe geschieht.

Gegen die auch in Mecklenburg wachsende heftigsten Milch- und Butternotierungen werden sich bereits bürgerliche Kreise. So forderte die Stadtverordnetenversammlung von Neustadt, daß die Notierungskommission sofort abgelehnt wird und stärkere Maßnahmen für die Sicherstellung und Erhaltung der wichtigsten Lebensmittel ergriffen werden. — In Teterow wurde seit Anfang voriger Woche die Butterkarte wieder eingeführt. Jede Person der verorgungsberechtigten Bevölkerung — Auswärtige sind ausgeschlossen — erhält für die Woche zunächst 125 Gramm Butter. In besonderen Fällen werden Zusatzkarten ausgestellt.

Von der Gartenkunst der Siedler. Einen Blumentopf, der das letzte Gewicht von 8 Pfund erreichte, wurde neben anderen Prachtexemplaren von einem hiesigen Siedler gezüchtet. Das schöne Exemplar vermachte der Gartenkünstler neben anderem der Lübecker Altershilfe.

Der Millionenchein als Wertpapier. Der heutige Goldankaufspreis der Reichsbank für ein Zwanzigmarkstück beträgt 688 128 990 M. — Wie der Millionenchein im Ausland bewertet wird, zeigt der Kurszeitung vom 18. September. Danach wurde eine Million bewertet in Holland mit 3, Belgien 11, Norwegen 5, Dänemark 4, Schweden 3, Italien 12, London 3, Neuyork 3, Paris 9, Schweiz 3, in Spanien mit 4 Pennigen. Berechnet nach den in Berlin festgesetzten Kursen für telegraphische Auszahlung.

Ausfallende D-Züge. Die Schnellzüge D. 1 Hamburg — Stettin am 9.21, ab 9.26 — und D. 2 Stettin — Hamburg — Lübeck am 7.10, ab 7.16 — fallen nach dem 20. d. M. vorläufig weg. — Ab 21. d. Mts. hält der Schnellzug D. 7 Hamburg — Warnemünde — Lübeck am 9.37, ab 9.42 — wieder in Lübeck zum Anschluß an den dort wartenden Personenzug an Stettin 4.33.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach Neuyork: D. Mount Clay 20. 9., D. Albert Ballin 27. 9., D. Reliance 2. 10., D. Thüringia 4. 10., D. Hansa 11. 10., D. Bayern 18. 10. Nach Philadelphia, Baltimore, Norfolk: 28. 9. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Bayern 18. 10. Westküste Nordamerika: M. S. Odessa 29. 9., D. Sachjen 20. 10. Hamburg — Cuba — Mexiko: D. Westwall 28. 9., D. Toledo 20. 10. Hamburg — Südamerika: D. Diana 28. 9., D. Cupatoria 13. 10. Hamburg — Südamerika, La-Plata-Dienst: D. Franzenwald 21. 9., D. Gallia 28. 9., D. Württemberg 17. 10., D. Kellermann 27. 10. Brasilien: D. Stettin 29. 9., D. Hamburg — Opaten: D. Polka 22. 9., engl. D. Thesus 29. 9., D. Bremen 6. 10., engl. D. City of Paris 13. 10., D. Schloffen 20. 10., engl. D. 27. 10.

Einführung einer Fahrzeugsteuer.

Nach dem Finanzausgleichsgesetz ist in den Ländern zu Zwecken der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhaltung eine Steuer für die Benutzung der Wege durch Fahrzeuge zu erheben. Von der Einführung der Wege- oder Fahrzeugsteuer hängt der Anteil der Länder an der Kraftfahrzeugsteuer ab. Die Finanzbehörde hat dem Senate den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Wege- oder Fahrzeugsteuer, vorgelegt.

Von einer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Betriebe nach Fläche, Kulturart und Stärke der Benutzung der Wege ist abgesehen worden weil alle lediglich dem Ackerbau dienenden Fahrzeuge, die nur innerhalb der Feldmark des Eigentümers verweilen werden, steuerfrei gelassen werden.

Bei Bemessung der Steuerbeträge für Kraftfahrzeuge ist mit Rücksicht darauf, daß Fahrzeuge mit breiten Radsätzen die Wege weniger beschädigen, als solche mit schmalen Radsätzen, der Satz für erstere niedriger vorgezogen. Auch wird ein Unterschied zwischen vierrädigen und zweirädigen Fahrzeugen zu machen sein, weil bei einer Verteilung der Last auf vier Räder die Wege weniger leiden, als wenn sie nur zwei Räder trägt. Zur Vermeidung häufiger Änderungen sollen die Steuerhöhe wertbestän-

dig und zwar nach Goldmark erhoben werden, und zwar sollen sie nach einem Senatsantrag betragen: A. für Kraftfahrzeuge: 1. vierrädige mit 8 oder mehr Zentimeter Felgenbreite 2 Mark Gold, 2. vierrädige mit weniger als 8 Zentimeter Felgenbreite 3 Mark Gold, 3. zweirädige mit 8 oder mehr Zentimeter Felgenbreite 1 Mark Gold, 4. zweirädige mit weniger als 8 Zentimeter Felgenbreite 1 1/2 Mark Gold; B. für Personenzfahrzeuge: 1. für mehr als 6 Personen 6 Mark Gold, 2. für 6 oder weniger Personen 3 Mark Gold. Die Berechnungsart der Goldmark wird vom Senat bestimmt. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1923 in Kraft.

Statistischer Monatsbericht für August.

Nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamts betrug die Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende August 123 212 gegen 122 590 im Vorjahre. Die natürliche Bevölkerungsbewegung brachte einen Ueberfluß von 67 (im Vormonat nur 3) und die Wanderungsbewegung schloß bei 1680 Zugezogenen und 1827 Weggezogenen mit einem Gewinn von 53 Personen ab. Ehen wurden 87 geschlossen, 26 weniger als im Vorjahre. 6 Männer und 6 Frauen heirateten zum wiederholten Male. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer blieb mit 8,3 um 1,0 hinter der normatlichen und um 2,8 hinter der vorjährigen zurück. Die Zahl der Geburten hat sich gegenüber dem Vormonat wieder etwas gehoben. Es wurden 99 Knaben und 97 Mädchen, zusammen 196 Kinder geboren gegen 161 im Juli und 222 im vorigen August. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtsziffer war mit 18,7 zwar um 3,0 größer als die vormalige, blieb aber um 3,0 hinter der des Vorjahres zurück. 26 oder 13,3 (1922: 11,3) Prozent der Geborenen waren unehelich und 10 oder 5,1 (3,8) Proz. tot. Gesamtoren sind 119 Personen und zwar 64 männliche und 55 weibliche; im Vormonat waren es 157 und im Vorjahr 114. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) betrug nur 11,4 gegen 15,3 im Juli. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung muß hiernach als günstig bezeichnet werden. Von den Gestorbenen waren 24 oder 20,2 (14,3) Proz. unter 15 Jahre und 33 oder 27,7 (27,2) Proz. über 70 Jahre alt. Im ersten Lebensjahre starben 9 (13) Kinder, darunter je 2 an angeborener Lebensschwäche und Magen- und Darmkatarrh. Die allgemeine Säuglingssterbeziffer betrug nur 49,2 gegen 63,1 im vorjährigen August. Todesursache war 18mal Krankheiten der Kreislauforgane, 17mal Tuberkulose, 14mal Krankheiten der Verdauungsorgane und 11mal Krebs und andere Neubildungen. Durch Selbstmord endeten 3 und infolge Verunglückung 4 Personen.

Aus der Geldfabrik des Reiches.

Die „Vossische Zeitung“ berichtet dieser Tage u. a.: Die Zahlungsmittelknappheit ist behoben. Der letzte Zahlungstag hat sich in Berlin und überall im Reich in vollkommener Ruhe abgewickelt. Man mag jenen bekannten Ansturm auf die Zahlungsmittelbestände der Reichsbank Ende Juli beurteilen wie man will. Jedenfalls steht fest, daß die Teilers vor dem Beginn des Ansturms so mit Banknoten gefüllt waren, daß in ihnen überhaupt kein Platz blieb. Ein Mehrfaches des gesamten Banknotenumlaufs ruhte allein in den Panzergewölben der Berliner Zentrale.

Aber selbst wenn man einmal zugibt, daß hier ein Verlagen der Reichsbank vorliegt, so muß man doch anerkennen, daß bei der Dichtung des einmal entdankenen und rasend großer werdenden Leas Angeheuerliches geleistet worden ist. Als die Knappheit einsetzte, hatte man den Millionenchein kaum herausgebracht. In sehr schönen Farbendruck lagen die 5-, 10- und 100-Millionscheine bereits im Entwurf fertig vor. Die Druckmaschinen waren schon in Bewegung, als der Massenansturm alles über den Haufen warf und über Nacht zu einer völligen Entstellung zwang. Innerhalb von zehn Tagen wurden sämtliche Scheine in der bekannten englischen Art neu hergestellt und in ungezählten Billionen in den Verkehr geworfen. Trotz der Leichtigkeit der Ausführung sind sie sehr schwer nachzumachen und würden auch vor dem Urteil amerikanischer Notendruckleute ohne weiteres bestehen. Am 15. September ist der 100-Millionschein ausgegeben worden, allein Berlin wurde davon mit mehreren hundert Billionen Stück bedacht.

Über darüber hinaus ist der Halbmilliardenschein, das heißt die Banknote über 500 Millionen bereits fertiggestellt und dem Verkehr übergeben.

Bietet schon die Bewältigung des Druckes erhebliche Schwierigkeiten, so wächst die Arbeit bei der Verteilung der Noten. Die Reichsbank kann ihre Billionenentwendungen nicht dem postalfachen Beförderungsweg anvertrauen. Sie muß deshalb den Geldstrom in die kleinen und kleinsten Kanäle, ebenso wie in die großen Städte durch Kurier pumpen. Hunderte von solchen Kurieren sind Tag und Nacht, teils als Begleiter von ganzen Eisenbahnwaggons, teils als Hüter größerer und kleinerer Kofferlasten unterwegs. Und zwar gehören mehrere, mindestens drei Beamte, zur Bewachung eines solchen Transportes. Orte mit dringendem Bedarf oder schlechter Bahnansahrt werden, auch im unbesetzten Deutschland, durch Flugzeuge mit Noten versehen.

Diese Versorgung wird jedoch nicht nur von Berlin aus betrieben, sondern es findet ein ständiger Austausch der verschiedenen Länder untereinander statt. Ein Austausch nicht nur von fertigen Noten, sondern auch von Notenpapier, das zeitweise recht knapp wird. So meldet zum Beispiel Leipzig einen Bestand von 10 Billionen Mark in 5-Mark-Scheinen und gleichzeitig einen Papierbedarf von 1000 Tonnen. Gleichzeitig meldet Hannover rechtlichen Papierbedarf, aber Notenmangel. Nach Beendigung der Berliner Zentrale, jedoch aber auch auf eigene Verantwortung werden Tag und Nacht hindurch unter dem Gesichtspunkt wichtiger Speisepartien diese Mengen ausgetauscht. Berlin ist der Zentralpunkt dieser gigantischen Maschinen. Im Zimmer des Chefs des deutschen Banknotenwesens, des Reichsbankdirektors Dr. Schott, hängt eine Generalabstärke, auf der sämtliche Papierfabriken und sämtliche Druckereien verzeichnet sind. Nach dieser Karte werden die Transporte von Stunde zu Stunde dirigiert. In diesem Arbeitszimmer, das wohl eines der interessantesten in ganz Europa ist, liegen auch die endlosen Listen, auf denen jeder einzelne Beamtentransport verzeichnet ist und auf denen täglich der neue Feldzugsplan entworfen wird.

Das schwierigste Kapitel bei der ganzen Notenversorgung bildet das Ruhrgebiet, dessen Grenzen durch einen strafforganisierten militärischen Ueberwachungsdiens hermetisch verschlossen sind. Es ist noch nicht an der Zeit, über die Methoden zu schreiben, mit denen die restlose Befriedigung aller Zahlungsbefürfnisse des Ruhrgebietes vom unbesetzten Deutschland aus trotzdem durchgeführt wird. Wir können nur so viel sagen, daß die abgefeimelten Sperdick-Holmes-Planke und die ausschweifendsten Abstriche der Schliche und Listen bilden, die täglich von einer Menschenmasse (nämlich der Beamtenschaft der Reichsbank) ausgehen, die ja von Natur aus so solchen Gedanken gängen nicht im geringsten erzogen ist. Es ist ein ununterbrochenes erbittertes Ringen, in dem die Reichsbank gegenüber den

Offensivstruppen durchweg überlegen bleibt. Von all den ungezählten Billionen, die auch heute noch täglich über die Grenze gehen, werden nur durch Verrat ab und zu einige Milliarden beschlagnahmt, die zu der befürchteten Gesamtsumme in gar keinem Verhältnis stehen.

Als nächste Aufgabe hat sich Dr. Schott die Bekämpfung des Notgeldes gestellt, dessen währungszerstörende Eigenschaften eine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft bilden. Die Notgeldscheine jeder Art werden an den Schaltern der Reichsbank entgegengenommen, gelangen jedoch nicht wieder zur Ausgabe. Man hofft, in einigen Wochen mit dem Notgeld völlig aufgeräumt zu haben.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein, II. Distrikt. Donnerstag, 20. September: Besichtigung der Konsumgenossenschaftsbäcker. Treffpunkt 6 Uhr, Burgtorbrücke. (6649)

Achtung Gewerkschaftsvorstände! Korrespondenzblatt Nr. 37 ist sofort abzuholen.

Stadttheater. Im Donnerstag-Ab. „Onkel Wanja“ von Anton Tschechow. Am Freitag findet die Erkaufführung von „Rheingold“ statt. Das Stadttheater eröffnet mit dieser Aufführung eine Darstellung des gesamten Ringes, die dieser Spielzeit ein besonderes Gepräge geben soll.

Angrenzende Gebiete.

Malente-Gremsmühlen. Feuer durch Blitsschlag. Bei einem Gewitter am Freitag nachmittags schlug der Blitz in die weidgedeckte Scheune des Landwirts Majors a. D. Littmann in Timdorf, die mit den erst in diesen Tagen eingefahrenen großen Jütern Korn in Flammen aufging.

Hamburg. Gewaltige Mieterhöhung. Die Kommission zur Festsetzung der Mietzuschläge hat neben anderem bestimmt, daß bei der Bemessung des Zuschlages auf 80 000 000 Prozent für laufende Instandhaltungskosten ein Stundenlohn für Maurer von 6 713 000 Mk. zugrunde gelegt werden soll. Es werden vorläufig 116 701 000 Prozent der Grundmiete zur Erhebung gelangen. Das entspricht einer 700 206fachen Friedensmiete.

Kiel. Die Wohnungsnot. Wie das Wohnungsamt mitteilt, lagen am 1. September 5790 wirklich dringende, 2907 nach Möglichkeit zu berücksichtigende und 1138 aussichtslose Anträge auf Wohnungen vor. Es harren also nahezu 10 000 Familien auf ein eigenes Heim.

Paradise. Butterrevolution. Das „Freie Wort“ schreibt: Am Sonntag war wieder ein Tag, an dem die Frauen streikten. Eine Unmenge Frauen: „Sah! Ich danke!“ „Haben wir Streikern nun die Sozialdemokratie?“ „Wir Sozialdemokraten helfen euch, wenn es euch um Brot und Brot allein geht, aber nicht um ja etwas „gehören“. Arbeitet! gegen den Tag nach der Revolution, nachdem die Arbeiter mit und nun ging das kommunistische Verstehen los. Jeder tritt mit seiner allerliebsten Katze in die Tonne, hatte sich sein Teil, belederte sich und lief mit der Seute heim. Vielen wird der Kartoffelsücker sicher nicht geschmeckt haben! — Aber die „Dummen“ gerieten in die Politik, sie zankten solange, bis der KPD-Vorsitzende erklärte: „Ihr müßt ja wissen, was zu tun ist, ich selbst kann die Butter nicht verteilen.“ Die Polizei erschien; diese spannte sich vor den Handwagen und brachte die Butter in Sicherheit!

Pünchburg. Zu einer Demonstration der Arbeitslosen kam es hier am Sonntag. Dem Oberbürgermeister wurden Forderungen unterbreitet auf sofortige Auszahlung einer Wirtschaftshilfe sowie durchgreifende Maßnahmen gegen weitere Preissteigerung und Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel. Der Oberbürgermeister gab die Zusage, daß an die Verteiler 40 Millionen Mark gezahlt werden solle. Dies ist dann auch im Laufe des Nachmittags geschehen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt rund 400. Vom Rathaus ging es zum Landratsamt, um hier dieselben Forderungen für die Arbeitslosen im Landkreis durchzusetzen. Es waren zu dieser Demonstration eine Anzahl ländliche Arbeitslose aus den Umgebungen herangezogen. Auf dem Landratsamt wurde die Forderung auch bewilligt. Die Bauern geben nichts her. Die in Frage kommenden Industrien entlassen immer mehr ihrer Leute. Wie es heißt, will auch das große Werk in Krümmel zum 1. Oktober den Betrieb einstellen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Zum Aufruf des Senats über Arbeitsbeschaffung.

Der Aufruf des Senats „An die Bevölkerung Lübecks!“ kann von uns arbeitslosen Steinsetzern und Kammerern nicht unverständlich bleiben. Von den hiesigen Steinsetzern sind bereits jetzt wegen Arbeitsmangel in andere Betriebe übergetreten. Zwölf sind noch im Beruf tätig. Von diesen waren bereits in diesem Jahre einige über 20 Wochen arbeitslos. Die übrigen waren im Mai sechs bis sieben Wochen und im August drei bis vier Wochen arbeitslos. Nachdem wir der großen Not wegen beim Bauamt vorstellig geworden waren, wurde die bereits vorhandene Arbeitslosigkeit auf den Bornwerter Weisen am 6. ds. Mts. weiter befristet. Am 13. ds. Mts. wurden aber alle dort beschäftigten fünf Steinsetzer und vier Kammerer entlassen, ohne die Arbeit vollendet zu haben. Herr Senator Evers, hierüber befragt, erklärte uns in Gegenwart von Gewerkschaftsvertretern, es wäre ja einerlei, ob wir jetzt arbeitslos seien oder später. Wir sind aber der Meinung, daß der Winter vor der Tür steht und die Steinsetzer dann sowieso arbeitslos sind. Es sind für die Steinsetzer noch Arbeiten auf 14 Tage in der Meislinger-Allee vorgesehen. Ehe wir dort anfangen können, vergehen noch 14 Tage. So lange hätten wir ungefähr noch auf den Bornwerter Weisen zu tun gehabt. Wenn der Senat keinen Aufruf erteilt, wird es es doch kein Späts, die vorhandenen Arbeitslosigkeit vollenden zu lassen und nicht das Gegenteil mit den Steinsetzern und Kammerern zu machen, indem er diese neun Mann arbeitslos macht.

Die arbeitslosen Steinsetzer und Kammer.

Richtlinien über Betriebsbeschränkungen

und Betriebsstilllegungen nach dem heutigen Stand der gesetzlichen Bestimmungen.

An alle Gewerkschaftsgenossen! Nachstehend geben wir Richtlinien über Betriebsbeschränkungen usw. bekannt. Wir erziehen alle Funktionäre diese auszuschneiden und ihnen eingehende Beachtung zu schenken. Weitere Auskünfte werden im Gewerkschaftssekretariat, Johannisstraße 48. pt., erteilt.

Der Vorstand. J. U.: Dreger.

A. Betriebsbeschränkungen.

Grundlegend sind die Bestimmungen der Verordnung vom 12. Februar 1920 über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung. Die wichtigsten Paragraphen sind 12, 13 und 14. Die Verordnung gilt für alle Betriebe ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitnehmer.

1. Voraussetzung der Arbeitsstreckung.

Die Streckung der Arbeit vor Entlassungen von Arbeitern aus Mangel an Beschäftigung ist Pflicht des Unternehmers, wenn sie ihm nach den Verhältnissen des Betriebes zugemutet werden kann. In Zweifelsfällen entscheidet der Schlichtungsausschuß.

2. Anknüpfung der Kurzarbeit und Lohnzahlung.

Die Kurzarbeit muß mit der gleichen Frist wie die im Betriebe geltende Kündigungsfrist den Arbeitern angekündigt werden. Wird die Kurzarbeit früher eingeführt, so ist für die Dauer der Kündigungsfrist der volle Lohn zu zahlen. Nach Ablauf der Kündigungsfrist kann der Lohn entsprechend der Kurzarbeit gekürzt werden. Jede weitere Arbeitszeitverlängerung ist wieder jeweils unter Einhaltung der Kündigungsfrist anzufordern.

3. Mitwirkungs- und Einspruchsrecht der Betriebsvertretung.

Der Betriebsrat ist unter Darlegung der Gründe rechtzeitig von der beabsichtigten Arbeitsstreckung zu benachrichtigen. (§ 74 B.R.G.) Nach § 78 Ziffer 2 hat die Betriebsvertretung bei der Verkürzung der Arbeitszeit mitzuwirken. Kommt keine Einigung zustande, so ist der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung anzuzuziehen.

4. Streckungsart.

Die Arbeitsstreckung muß sich auf das notwendigste Maß beschränken. Solange zum Beispiel 36 Stunden gearbeitet werden kann, darf nicht auf 24 Stunden verkürzt werden.

Die Wochenarbeitszeit auf weniger als 24 Stunden zu kürzen, ist nicht erforderlich. Die Verteilung der Arbeitszeit auf die Tage unterliegt der Vereinbarung zwischen der Betriebsvertretung und dem Arbeitgeber.

Die Arbeitsstreckung kann in den einzelnen Betriebsabteilungen getätigt sein.

5. Dauer der Arbeitsstreckung.

Eine bestimmte Dauer der Arbeitsstreckung auf 24 Stunden, bevor Arbeiter entlassen werden dürfen, ist nicht vorgeschrieben. Wenn jedoch sofort nach erfolgten Entlassungen die Arbeitszeit verlängert wird, kann der Schlichtungsausschuß mit Erfolg angezogen werden.

6. Kurzarbeiterunterstützung.

Soweit für Kurzarbeiter Unterstützung aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge in Betracht kommt, können die Unternehmer zur Auszahlung der Unterstützungssätze verpflichtet werden. (Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 bzw. 21. März 1922).

7. Kurzarbeit und Krankendversicherung.

Eine Kürzung der Beiträge zur Krankenkasse (Uebergang in eine niedrigere Versicherungsklasse) kommt bei vorübergehender Kurzarbeit nicht in Betracht.

8. Entlassungen.

Wenn Entlassungen nicht zu umgehen sind, hat die Betriebsvertretung darüber zu wachen, daß Härten möglichst vermieden werden und daß die Bestimmungen über die Reihenfolge der Entlassungen nach § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 eingehalten werden:

a) Wenn nach den Verhältnissen des Betriebes dem Unternehmer keine Arbeitsstreckung zugemutet werden kann ohne Verkürzung der Arbeitszeit. Die Entlassenen können innerhalb drei Wochen nach der Entlassung den Schlichtungsausschuß anrufen mit dem Antrag auf Wiedereinstellung. § 14 der Verordnung vom 12. Februar 1920. (In Betrieben, wo ein Betriebsrat vorhanden ist, kommt bei Kündigungen, auf die einer der Einspruchsfälle des § 84 des Betriebsrätegesetzes zutrifft, zunächst der Einspruch beim Betriebsrat in Frage. Für diesen Einspruch ist eine Frist von 5 Tagen nach Empfang der Kündigung vorgeschrieben.)

b) Wenn trotz Arbeitsstreckung bis zu 24 Stunden keine genügende Arbeitsgelegenheit vorhanden ist.

In beiden Fällen a und b ist von neuem vorherige Kündigungsfrist und Einhaltung der Kündigungsfrist nach der Arbeitsordnung erforderlich. Für Schwerbeschädigte gelten die besonderen Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes vom 6. April 1920.

9. Reihenfolge der Entlassungen.

Für die Auswahl der Arbeiter, die möglichst lange Zeit weiter zu beschäftigen sind, gelten die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920. Es sind zu berücksichtigen:

a) Die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Ersetzbarkeit des einzelnen Arbeitnehmers im Verhältnis zur Wirtschaftlichkeit des Betriebes.

b) Das Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeiters, soweit, daß die über den ungeschicktesten Arbeitnehmer und diejenigen unrichtigbeschäftigten Angehörigen an ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind.

c) Ehemals selbständige Gewerbetreibende und solche Arbeitnehmer, die bis zum 1. August 1914 oder später im Ausland

tätig waren, sowie Lehrlinge, die sich in einer geregelten Ausbildung befinden, sind ebenfalls möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen.

d) Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind besonders zu berücksichtigen. (Schwerbeschädigtengesetz vom 6. April 1920.)

e) Mitglieder der gesetzlichen Betriebsvertretung dürfen auch bei Arbeitsstreckung nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung entlassen werden.

M. Entlassung und Einspruchsrecht.

Das Einspruchsrecht der Arbeiter gegen die Kündigung gemäß § 84 B.R.G. und § 14 der Verordnung vom 12. Februar 1920 besteht auch in den Fällen der Entlassung wegen Betriebsbeschränkung.

11. Umfang der Entlassungen.

Entlassungen wegen Betriebsbeschränkungen im Sinne der Verordnung vom 12. Februar 1920 können nicht in unbegrenztem Maße vorgenommen werden. In Betrieben mit in der Regel weniger als 200 Arbeitnehmern dürfen höchstens 9 Arbeiter, in Betrieben mit mehr als 200 Arbeitern 5 Prozent, höchstens aber 50 Arbeiter entlassen werden, sofern die Arbeit zunächst auf 24 Stunden beschränkt (gestreckt) war. Ist die Zahl der zu Entlassenen größer als die genannte, so kommt die Verordnung vom 8. November 1920 (Betriebsstilllegungserordnung) in Betracht.

B. Betriebsstilllegungen (Massenentlassungen).

Hierfür ist maßgebend die „Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen“ vom 8. November 1920.

Die Verordnung ist nur gültig für Betriebe mit mindestens 20 Arbeitnehmern.

1. Anwendung.

Inhaber oder Leiter von gewerblichen Betrieben sind verpflichtet, der Demobilisationsbehörde Anzeige zu erstatten, bevor sie

a) Betriebsanlagen ganz oder teilweise abbrechen oder bis her zum Betriebe gehörige Sachen in anderer Weise dem Betriebe entziehen, insbesondere veräußern oder betriebsuntauglich machen, sofern hierdurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens wesentlich verringert wird. (Betriebsabbruch.)

b) Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzen, sofern hierdurch in Betrieben mit in der Regel weniger als 200 Arbeitnehmern 10 Arbeitnehmern, in Betrieben über 200 Arbeitnehmern mit in der Regel mindestens 200 Arbeitnehmern 5 vom Hundert der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer, jedenfalls aber, wenn mehr als 50 Arbeitnehmer zur Entlassung kommen. (Betriebsstilllegung.)

2. Anmeldefrist.

Die Anmeldefrist beträgt bei Betriebsabbrüchen 6 Wochen bei gänzlicher oder teilweiser Stilllegung 4 Wochen. Die Anmeldefrist muß auch dann innegehalten werden, wenn Entlassungen in Gruppen nacheinander vorgenommen werden.

3. Sperrfrist.

Vor Ablauf der genannten Fristen dürfen die beabsichtigten Maßnahmen nicht getroffen werden, wenn nicht die zuständige Demobilisationsbehörde die Zustimmung erteilt hat. Innerhalb der genannten Fristen dürfen ohne Genehmigung der Demobilisationsbehörde keine die ordnungsgemäße Führung des Betriebes beeinträchtigenden Veränderungen der Sach- oder Rechtslage vorgenommen werden. Ueber die im Betriebe vorhandenen und die für ihn bestimmten Vorräte, Brennstoffe usw. darf nur im Rahmen der ordnungsgemäßen Führung des Betriebes verfügt werden.

4. Anmeldung der Vorräte.

Die Menge der im Betriebe vorhandenen und für ihn bestimmten Vorräte an Roh- und Betriebsstoffen, insbesondere Brennstoffe und Halbfabrikate, sind unverzüglich, spätestens innerhalb drei Tagen nach Erstattung der Anzeige der Demobilisationsbehörde vollständig und ordnungsgemäß und wahrheitsgemäß mitzuteilen.

5. Mitwirkung der Betriebsvertretung.

a) Gemäß § 74 B. R. G. ist der Unternehmer verpflichtet, sich mit dem Betriebsrat, wenn vertrauliche Mitteilungen in Betracht kommen, mit dem etwa vorhandenen Betriebsausschuß ins Benehmen zu setzen und ihn anzuhören.

b) Innerhalb der genannten Fristen hat die Demobilisationsbehörde im Benehmen mit der Betriebsleitung und der Betriebsvertretung, geeignetenfalls unter Heranziehung von Sachverständigen, die beabsichtigte Maßnahme veranlassen. (§ 3 der Verordnung vom 8. November 1920.)

6. Entlassungen vor Ablauf der Sperrfrist

sind nicht zulässig, wenn dadurch die ordnungsmäßige Führung des Betriebes beeinträchtigt wird. Die einschlägigen Bestimmungen und Gesetze, insbesondere die in Frage kommenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 werden durch die Verordnung vom 8. November 1920 nicht berührt.

7. Einspruchsrecht der Arbeitnehmer besteht nicht

bei Entlassungen, die durch gänzliche oder teilweise Stilllegung des Betriebes erforderlich werden. (§ 80 des B. R. G.)

8. Entlassung von Mitgliedern der Betriebsvertretung ist bei teilweiser Stilllegung des Betriebes nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung möglich.

Bei gänzlicher Stilllegung ist keine Zustimmung erforderlich. (§ 96 B. R. G.)

Punkt 7 und 8 kommen nur in Betracht, wenn die Stilllegung des Betriebes von der Demobilisationsbehörde genehmigt ist.

Wollen Sie den Beweis für die überlegene Güte von Feurio?

Betrachten Sie nach dem Waschtage Ihre Hände! Wie die Seife auf die Haut wirkt, so wirkt sie auch auf die Wäsche.

Feurio Haushaltseife enthält 80% Fett, ist rein und milde und ohne Schärfe.

Vereinigter Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

FEURIO